

Press release**Deutsches Studentenwerk****Stefan Grob**

04/22/2009

<http://idw-online.de/en/news311152>Science policy
interdisciplinary
transregional, national**Hochschulpakt II: Deutsches Studentenwerk fordert Mittel für soziale Infrastruktur**

"Studienplätze allein reichen nicht. Studierende brauchen ein Dach überm Kopf, campusnahe Verpflegung, eine solide Finanzierung und Beratung." Mit diesen Worten wiederholte Prof. Dr. Rolf Dobischat, der Präsident des Deutschen Studentenwerks (DSW), heute die Forderung nach Mitteln für die soziale Infrastruktur im Hochschulpakt II, den Bund und Länder heute beschließen wollen.

Das Deutsche Studentenwerk (DSW) kritisiert zum Auftakt der heutigen Verhandlungen von Bund und Ländern über den Hochschulpakt II, dass wie schon beim Hochschulpakt I bisher kein zusätzliche Mittel für die soziale Infrastruktur des Studiums vorgesehen sind. "Studienplätze allein garantieren noch keinen Studienerfolg; auch dem Hochschulpakt II droht ein strukturelles Defizit, wenn die soziale Dimension des künftigen Studierendenhochs weiterhin ausgeblendet wird", erklärte DSW-Präsident Prof. Dr. Rolf Dobischat vor der heutigen Sitzung der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern in Berlin.

"Die künftigen Studierenden, auf die der Hochschulpakt II reagiert, brauchen gute, studienbegleitende Beratung, sie brauchen campusnahe Verpflegung und vor allem ein Dach über dem Kopf", konkretisierte Dobischat.

Das Deutsche Studentenwerk hatte mehrfach allein den Bedarf an zusätzlichen Wohnheimplätzen auf 20.000 veranschlagt; der Gesamtinvestitionsbedarf dafür würde 700 Millionen Euro betragen. Auch einen Ausbau der Studienfinanzierungs-Beratung wollten die Studentenwerke vorantreiben, sagte Dobischat. "Hier erwarten wir von Bund und Ländern endlich Unterstützung."

"Die Studierquote soll steigen, das deutsche Hochschulsystem soll sozial durchlässiger und für Menschen aus allen Bevölkerungsschichten attraktiver werden - für all diese Ziele brauchen wir weit mehr als allein Studienplätze", mahnte Dobischat. "Mit einem Hochschulpakt II, der auch die sozialen Rahmenbedingungen des Studiums berücksichtigt, müssen Bund und Länder an die künftigen Studierenden ein klares Signal abgeben, dass es ihnen ernst ist mit diesen Zielen."